

Der deutsche Über-Eifer gegen demokratische Kurden zu Gunsten der rechtsstaatlosen „Erdogan-Türkei“ nimmt kein Ende ! Ist das in Ihrem Sinne ?

WELT, 27.04.2018 „Maybrit Illner“ „Frau Merkel befindet sich in einem Wettlauf der Schäbigkeit“

[...] Sowohl seine Verhaftung als auch die anschließende Freilassung, so Yücel, hätten mit einem Rechtsstaat nichts zu tun gehabt. „Die Türkei ist kein Rechtsstaat, sie ist nicht einmal ein Gesetzesstaat“, so Yücel. [...]

Doch warum werden die Waffenexporte nicht einmal kurzfristig gestoppt? Als Privatperson sieht Röttgen [CDU] die Waffenlieferungen kritisch, sagt er. Der Krieg gegen die Kurden sei eindeutig völkerrechtswidrig. Waffenexporte seien unter den gegebenen Umständen nicht vertretbar. Warum trotzdem Waffen geliefert wurden? „Das kann ich mir auch nicht erklären“, sagt er.

Auch Claudia Roth, Grünen-Politikerin und als solche Bundestagsvizepräsidentin, empört sich über den Umgang mit Erdogan. „Die Bundesregierung schaut zu, wie Erdogan Truppen angreift, die von einem anderen Nato-Partner unterstützt werden“, sagt sie in Bezug auf die Kurden. [...]

Yahoo Nachrichten Deutschland, 26.04.2018: „Ausländerkriminalität ? machen wir selber !“

[...] Ob von politischer Neutralität der Münchner Polizei überhaupt noch die Rede sein kann, ist allerdings spätestens seit der Hausdurchsuchung bei Kerem Schamberger, einem renommierten

Kommunikationswissenschaftler der Ludwig-Maximilians-Universität München, äußerst zweifelhaft.

Vorwand für diesen Einsatz aus der Rubrik „Kanonen auf Spatzen“ war, dass Schamberger, ausgewiesener Experte für die kurdische Bewegung in Syrien und der Türkei, auf Facebook die Flaggen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG und YPJ sowie der Partei PYD gepostet hatte. [...]

Doch damit nicht genug, nun leistete sich die Polizei München die nächste Peinlichkeit. Vergangene Woche ließ sie verkünden, dass laut Kriminalstatistik die politisch motivierte Ausländerkriminalität um „über 75 Prozent“ angestiegen sei [...]

Der bemerkenswerte Anstieg in der fraglichen ausländischen Tätergruppe ergibt sich nämlich nicht aus tatsächlich zunehmenden Strafdelikten von „Ausländern“, sondern resultiert aus der wirren Einordnung der massenhaften Ermittlungsverfahren gegen Kerem Schamberger ([...] deutscher Staatsbürger) und einige seiner Facebook-Follower – insgesamt 49 Einzelverfahren, die die Münchner Staatsanwaltschaft seit 2017 beschäftigen, flossen so in die Statistik ein. [...]

JUSOS, [...], Nav-Dem, 26.03.2018: „Offener Brief zur Lage in Afrin“ an Außenminister Maas

[...] Viele Abgeordnete aus SPD, Grünen, Linksfraktion, FDP und CDU haben öffentlich wie intern, in den Ausschüssen und im Plenum des Bundestages deutlich gemacht, dass der Angriff der Türkei auf Afrin völkerrechtswidrig ist. [...] Doch Taten bleiben weiterhin aus. Wir sind enttäuscht von der Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber dem Erdoğan-Regime in der Türkei und dem Angriff auf die demokratische Selbstverwaltung im Norden Syriens. Nicht nur bietet die Bundesregierung dem keinen Einhalt. Durch Deals mit Erdoğan, den Waffenlieferungen an die Türkei und der Kriminalisierung kurdischer AktivistInnen stützt sie faktisch die Voraussetzungen, unter denen die AKP und die Erdoğan-Regierung ihr Treiben fortsetzen können.

Aber es reicht nicht mehr nur von Freiheit und Demokratie zu sprechen, Worten müssen jetzt endlich Taten folgen. Seit knapp zwei Monaten führt die türkische Armee unter dem Namen „Operation Olivenzweig“ zusammen mit islamistischen Banden einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Provinz Afrin in Nordsyrien. Die Provinz Afrin war bisher in der Lage, trotz des bereits seit sieben Jahre andauernden Krieges in Syrien den Frieden zu wahren. Hunderttausende Menschen aus ganz Syrien haben in Afrin Zuflucht gesucht und gefunden. Auch ist Afrin Heimat der größten jesidischen Gemeinde Syriens. Als

religiöse Minderheit sind die JesidInnen besonders gefährdet, Opfer der islamistischen Kämpfer zu werden. [...]

Dabei geht es um weit mehr als nur einen weiteren, bedauernswerten Konflikt im Nahen Osten. Der Angriff der türkischen Armee auf Afrin ist vielmehr ein Angriff auf ein Symbol für Hoffnung auf Geschlechtergerechtigkeit und demokratische Werte – mitten in einer vom Krieg zerrissenen Region. Mit Entsetzen stellen wir nicht nur fest, dass die Bundesregierung weiterhin das Kriegsgerät für diesen Angriffskrieg liefert, sondern auch, dass die Repressionen gegen AktivistInnen und gegen Solidaritätsaktionen mit Afrin hierzulande neue Ausmaße erreichen. Das war unter anderem an den Repressionen gegen die kurdischen Demonstrationen in den vergangenen Wochen, z.B. in Hannover oder München, zu sehen. Erdoğan und die AKP haben in den vergangenen Jahren immer wieder härtere Repressionen gegen in Deutschland lebende KurdInnen und deren Selbstorganisationen verlangt. Dass kurdische Demonstrationen gegen den Angriffskrieg des Erdoğan-Krieges hierzulande nun unter Repressionen zu leiden haben, ist ein perfides Zeichen.

Wir stehen solidarisch an der Seite aller fortschrittlichen Kräfte – in Deutschland, Syrien, der Türkei und anderswo. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Menschen, die in der Türkei für Menschenrechte und Demokratie kämpfen und fordern die Freilassung aller Gefangenen, die das Erdoğan-Regime aus politischen Gründen inhaftiert hat. [...]

UnterzeichnerInnen [...]

MONITOR,ARD, 15.03.2018: „Unter Generalverdacht: Kurden in Deutschland“

[...] **Gerhart Baum, ehem. Bundesinnenminister:** „Das sind übereifrige Überinterpretationen des PKK-Verbots. Entweder man verbietet die ... die Vereinigung der syrischen Kurden, dann wäre man konsequent. Das kann man aber nicht, weil es keinen Anlass dazu gibt. Dann kann man auch nicht Leute bestrafen, die dieses Symbol benutzen.“ [...]

Süddeutsche, 02.03.2018: „Staatsanwälte schießen im Fall der Kurden-Flaggen übers Ziel hinaus“
Haben sie einen Verdacht, müssen Staatsanwälte Straftaten nachgehen. Das muss aber verhältnismäßig sein - und das ist es im Fall der Kurden-Fahnen nicht. [...]

Wenn die Justiz klagt, wie stark sie überlastet ist, kann man ihr entgegenhalten: Manche Staatsanwälte machen sich ihre Überlastung auch selbst.

Süddeutsche.de, 01.03.2018: Staatsgewalt „Der Streit um die Kurden-Flagge“

Die Polizei ermittelt gegen etwa ein Dutzend Münchner, weil sie eine Flagge der Kurden-Organisation YPG im Internet gezeigt haben. [...]

Ein junger Musiker, Cellist bei den Münchner Philharmonikern, gerät ins Visier des Staatsschutzes. Polizisten ermitteln gegen ihn, laden ihn vor. Das einzige Vergehen, das sie Johannes König, 27, vorwerfen: Er hat einen Artikel des Bayerischen Rundfunks (BR) unkommentiert auf seinem Facebook-Profil geteilt. [...]

Dieser Missbrauch von Polizei und Justiz in Deutschland, zu Gunsten der „Erdoğan-Türkei“ und gegen unsere Werte, muss beendet werden !

Medien-Skandal ? Die meisten Medien hier „vergessen“ Ihnen zu berichten, dass es die Einsätze gegen die verbotenen Symbolen auf Kurden-Demos, mit tausenden Polizisten, (2018: 27.01. Köln, 17.03. Hannover) **nur** in Deutschland gibt. Vergleichbares gibt es in keinem anderen europäischen / „westlichen“ Land.

Wenn Sie **das** erst durch diesen „kleinen Pressespiegel“ erfahren, beschweren Sie sich **bitte** bei den Medien, die Sie nutzen.

Schluss mit diesen (siehe oben) tausenden Vorladungen, Ermittlungsverfahren und Strafen !
Wir brauchen eine freie und unabhängige Neubewertung der PKK, auf Grund ihrer Leistungen und unserer Werte, ohne den Einfluss oder Druck aus der Türkei !